

Zum Verfassen dieses Textes wurde Höhner durch die Teilnahme am Arbeitskreis 1 (Umwelt und Entwicklung in der EINEN WElt) angeregt.

Der Stempel von Rio

Ronald Höhner

Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Koordinator des Konferenz-Arbeitskreises "Umwelt und Entwicklung in der EINEN Welt"

Vom schweren „Wie weiter?“ und „Was nun?“

Nach der Konferenz in Johannesburg drehten sich viele Diskussionen in der deutschen NGO- und Bewegungsszene (und nur auf die kann und werde ich Bezug nehmen) auf unzähligen Veranstaltungen um die Frage des Erfolges der Konferenz, der Perspektiven für den Rio-Prozess und die Bewertungen einer konstatierten Zerfaserung in den Zivilgesellschaften weltweit. Je nachdem, von welchem Standpunkt aus diese Fragen diskutiert werden, sind die Antworten sehr unterschiedliche. Da wird von der Alternativenlosigkeit des Multilateralismus gerade in der heutigen Zeit unilateraler Interessensdurchsetzung durch die USA geredet, von einer Kooptierung der Nichtregierungsorganisationen ohne nennenswerten Erfolg, vom Ende der Agenda-Bewegung und der neuen Kraft der Globalisierungskritiker, vom Hauptfeind WTO, aber auch von den Erfolgen beim Klimaschutz. Selten gelingt es, zwischen unterschiedlichen Akteuren und Handlungsebenen eine gemeinsame Sprache zu finden. Ein produktiver Streit um eine Analyse oder gar um Strategien ist damit schwer möglich. Insofern reflektiert der Diskussionsprozess nach Johannesburg nur das Problem des Rio-Prozesses selbst. Alle sind sich einig in der Kritik, nur darüber, was eigentlich die Kritik ist, lässt es sich trefflich streiten. Bezeichnender Weise beginnt der Streit über Kritik genau dann, wenn es um die Benennung positiver Aspekte und Erfolge geht. Die Umweltbewegung hält „bei aller Kritik“ die Fahne des Kyoto-Protokolls oder einer beabsichtigten Stärkung der regenerativen Energien hoch. Die Entwicklungspolitische Szene setzt „bei aller Kritik“ auf die formulierten Entwicklungsziele bis 2015. Die Globalisierungskritiker haben mit Rio abgeschlossen und es ja „schon immer gewusst“, - und außerdem ist für sie die WTO das eigentliche Problem. Zivilgesellschaftliche Institutionen, zu der auch die politischen Stiftungen gehören, versuchen sich den unterschiedlichen Problemsichten dieser Akteure wissenschaftlich und analytisch zu nähern und die sich ausschließenden Positionen in eigenen Veröffentlichungen zusammenzubringen, ohne dabei einen Schwerpunkt in der Bearbeitung des Problems selbst zu setzen. Und die Politik? Da kämpfen Umweltpolitiker und Agenda-Beauftragte schlicht um ihre Daseinsberechtigung.

Der gegenwärtigen kontroversen Debatte fehlt eine gemeinsam verabredete Grundlage, nämlich ein erstrittenes Verständnis davon, was RIO eigentlich für die einzelnen Akteure ist, welche Ziele sie daraus ableiten und daher welche Erfolgskriterien. Dieses Ringen ist sicherlich ein schmerzliches und wurde in den vergangenen 10 Jahren aus Gründen des breiten Schulterschlusses oft vermieden und verschoben. Aber am Ende der 10 Jahre ist die Agenda-Bewegung in Deutschland kaum mehr relevant. Nachhaltigkeit ist zur Phrase verkommen, zwar im mainstream der Gesellschaft präsent, jedoch durch inflationäre Bezugnahmen wirkungslos geworden. Daraus darf jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass sich die Notwendigkeit des Nachhaltigkeitsdiskurses erledigt hat, denn das zu

Grunde liegende Problem ist noch vorhanden und hat sich dramatisch zugespitzt. Die Zeit ist überfällig, ein neues Verständnis von Nachhaltigkeit zu entwickeln und den Rio-Prozess durch einen anderen abzulösen. Ob dieser mit Attac oder der Sozialforumidee bereits entsteht, ist eine spannende und hoffnungsvolle Frage. Die Sehnsucht und Notwendigkeit nach neuer sozialer Bewegung in der Welt darf jedoch den Blick für eine objektive Analyse nicht vernebeln. Beide, Attac und das WSF sind den Beweis noch schuldig, dass sie soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Entwicklung wirklich zusammendenken.

Um sich diesem neuen und möglichst breit getragenen Verständnis von Nachhaltigkeit zu nähern, ist die hintergründige Frage danach, was den Stempel von Rio ausmacht, den die Konferenz und der Folgeprozess der Welt aufgedrückt hat.

Die Positivliste

- Seit 1992 ist die Krise in ökologischer und entwicklungspolitischer Hinsicht in der öffentlichen Diskussion und auch im Bewusstsein der Menschheit. Es wurde der Versuch gestartet, die Probleme mit weitgehenden internationalen Kooperationen anzugehen und multilaterale Abkommen beschlossen. Dazu zählen das Klimarahmenabkommen, das Abkommen zu Biodiversität und die Agenda 21 selbst.
- In den letzten 10 Jahren sind neue Akteure entstanden, die vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene zu einer Politisierung in ökologischen Fragen beigetragen haben. In vielen Gemeinden und Städten gibt es eine Lokale Agenda, Agenda-Beauftragte und innovative Umweltprojekte.
- Diese Politisierung hat gleichzeitig zu einem anderen „Politikverständnis“ geführt. Es geht um neue, um globale Probleme, die ein hohes Maß an Komplexität aufweisen und deshalb wird die Wissenskomponente bedeutsamer und Bildung betont. Viele NGO's machen schulische und außerschulische Bildungsarbeit, das Globale Lernen wurde als Konzept und Antwort auf globale Herausforderungen entwickelt, globale Probleme sind als Lernziel Teil der Rahmenlehrpläne in den Schulen geworden.
- Die Lösung der globalen Probleme erfordert Kooperation. Diese Einsicht schlägt sich in einer Vielzahl von Netzwerken, Bündnissen und der Zusammenarbeit verschiedener Akteure nieder. Die politische Auseinandersetzung und konkreter Widerstand auch auf anderen Politikfeldern ist heute selbstverständlich mit der Suche nach BündnispartnerInnen verbunden.

Die Negativliste

- Das Szenario der „5 Minuten vor 12“ hat zu einem „postkatastrophischen Bewusstsein“ (Ulrich Brand) geführt. Indem die beschworenen Horrorszenarien nicht eintreten, stumpfen die Menschen gegenüber der ökologischen und Entwicklungskrise immer mehr ab. „So viele Katastrophen, selbst der Gau von Tschernobyl, und es ist immer weiter gegangen.“ Es besteht eine gewisse Analogie zu einem traditionellen linken „Alarmismus“. Obwohl heute die Warnungen vor autoritärem Staat und Imperialismus in der Bush-Ära berechtigter denn je sind, haben sie kaum noch Wirkung.
- In den ganzen Nachhaltigkeitsdiskussionen sind wesentliche Aspekte und Ursachen weitgehend ausgeblendet worden. Dazu zählen die neoliberale

Globalisierung¹ und das damit verbundene ideologische Konzept, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit oder die beständige Militarisierung der Politik seit dem Fall der Mauer, die nun „große“ Kriege der Atomkräfte als legitime Konfliktlösung ermöglichen.

- Die ausgeblendeten Diskurse haben in der Friedensfrage die Friedensbewegung als Partner faktisch ausgeschlossen und in sozialen Fragen die Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen. In der mangelnden theoretischen Auseinandersetzung liegt eine Ursache, wieso sich die traditionelle Linke nicht oder nur distanziert in den Rio-Prozess eingebracht hat und sicher auch darin, dass sich gegenwärtig eine globalisierungskritische Bewegung formiert, die ihre Wurzeln nicht im Rio-Prozess hat. Der neuen Bewegung wie auch der traditionellen Linken fehlt so ein moderner „Nachhaltigkeits-Blick“. Auf der anderen Seite hat die Agenda-Bewegung nicht nur kein theoretisches Fundament, sondern auch die Basis nicht mehr, um ein solches künftig zu formulieren.
- Diese Reibungsverluste innerhalb der überschaubar gebliebenen politisierten Bevölkerungsschicht sind immens und schwächen die Linke als Ganzes. Derzeit gibt es ein Ringen, ähnlich schmerzliche Spaltungen wenigstens mit den entwicklungspolitischen Gruppen und NGO's zu verhindern. Dies gestaltet sich aus anderen Gründen schwierig. Eine moderne These im Nord-Süd-Konflikt ist es, dass zwischen Nord und Süd gar keine rechte Unterscheidung mehr möglich und sinnvoll sei, sondern nur zwischen Arm und Reich, Unten und Oben ... Indem dieser Ansatz an Bedeutung gewinnt, verlieren 2 Milliarden Menschen² Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas, die schon in den Kapitalflüssen der Welt nicht mehr vorkommen auch in unseren Überlegungen ihren expliziten Platz. Ihr Recht aufs pure Überleben wird implizit mit der Forderung nach globaler Umverteilung „abgedeckt“ und damit ein spezifisches entwicklungspolitisches Engagement ein Stück weit überflüssig. Der Kampf gegen Neoliberalismus löst das Problem schon. Ähnliche Berührungsschwierigkeiten gibt es auch in feministischen und anderen Frauen- sowie migrantischen Zusammenhängen.
- Die zu späte und mangelnde Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus im Rio-Prozess hat auch dazu geführt, dass die Rio-Institutionen inzwischen selbst zur neoliberalen Transformation beitragen. Das tragische daran ist nicht die Tatsache an sich, die ja auch Erfolge hervorbringt, sondern ihre fehlende Bewusstmachung. Kritische und „unbequeme“ Kräfte haben die Bewegung verlassen. An Klima und Biodiversität wird dies besonders deutlich und verheerend. Die Privatisierung von Verschmutzungsrechten und deren weltweiter Handel als Lösungsmodell wurden aus dem Rio-Prozesses heraus formuliert und sind sicherlich ohne weiteres mit WTO-Regeln kompatibel: Und die Privatisierung großer Naturreservate in Mittelamerika, wenn auch an Öko-NGO's, passt ebenfalls ins neoliberale Konzept. Beiden Beispielen liegt die gewichtige

¹ Auf eine umfassende Diskussion des Begriffes wird an dieser Stelle verzichtet, da dies nicht Gegenstand des Artikels ist. Ich meine damit neben seiner ökonomischen Dimension von Deregulierung, Privatisierung, Angebotsorientierung und Abbau kollektiver sozialer Sicherungen, insbesondere auch die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen, die ich an einer weitreichenden Individualisierung des Lebens, einem allgemeinen mikroökonomischen Verständnis von Wirtschaft oder auch der weitverbreiteten Verwertungslogik festmache.

² Damit sind die 2 Milliarden Menschen gemeint, die heute schon unter 2 \$ Tageseinkommen haben und damit je nach Definition in absoluter Armut leben. Mit diesem Betrag kommen sie im Weltsozialprodukt faktisch nicht vor und sind als Konsumenten nicht relevant. Allerdings sind sie unter wachsendem existenziellen Druck die künftigen Billigst-Arbeitskräfte und das bedeutet neben der Standortdiskussion hier vor allem eine immense soziale Herausforderung dort.

Konsequenz zu Grunde, dass Ökologie höher bewertet ist, als Gerechtigkeit oder Rechte indigener Bevölkerung auf ihren Lebensraum, also als das Soziale. Mit anderen Worten, nehmen sich die „Starken“ der Welt damit das Recht, nun im Namen von Umweltschutz ihre Interessen weiterhin hemmungslos gegen die „Schwachen“ durchzusetzen. Damit besteht das Primat der Ökonomie mit nun ökodiktatorischen Zügen weiter.

- Mit der Akzeptanz von Privatisierungen als Folge des Rio-Prozesses sind die Unternehmen als neue und wichtige Akteure ins Bewusstsein gerückt. Die public private partnerships sind spätestens seit Monterrey 2002 zukunftsweisende Strategie geworden. Die vor allem global agierenden NGO's wurden gleichzeitig in den Prozess kooptiert und dienen als Legitimitäts- und Wissensressource (Ulrich Brand), ohne dass dies zu einer signifikanten Beeinflussung des Prozesses geführt hat. Dies trug und trägt zu einer wachsenden Zersplitterung der NGO's bei, wofür wiederum die neue mächtige Bewegung der Globalisierungskritiker jenseits und unabhängig dieser NGO's ein Indiz ist.
- Damit eng verbunden ist eine zu konstatierende allgemeine Müdigkeit, die Probleme auf Großkonferenzen weiter zu analysieren. Es herrscht die Stimmung, Konzepte und Vorstellungen gibt es nach 10 Jahren genug, jetzt muss es an die konkrete Umsetzung gehen und die können aus pragmatischem Sachzwang heraus nur im Schulterschluss mit den Konzernen und privater Wirtschaft erfolgen. An dieser Stelle sei auf den Vorschlag Deutschlands verwiesen, die regenerative Energie weltweit zu befördern und dafür unter Beteiligung der Industrie 2004 eine Konferenz zu veranstalten. Ein grundsätzliches Hinterfragen des gesamten Prozesses findet nicht statt. Was aber, wenn Nachhaltigkeit inzwischen nicht mehr Systemkritik bedeutet, sondern Nachhaltigkeit zum Instrument für den System- und Machterhalt geworden ist? Dann ist diese Umsetzungsfixierung nicht nur sozial und ökologisch kontraproduktiv, sondern bindet auch viele Widerstandskräfte.
- Das neue Politikverständnis von Rio mit der Vorstellung vielschichtiger globaler Probleme und damit komplexer Lösungsansätze hat Globale Runde Tische hervorgebracht, die suggerieren, dass mit Expertisen in Kooperation vieler die Probleme von oben lösbar seien. Dieses „Oben“ meint dann auch noch Konzepte des Nordens und die „weißer Männer“. Damit verlieren alte Widersprüche an Bedeutung. Die Nord-Süd-Frage wurde zum Untergebiet von Außen- oder Finanzpolitik, die Klassenfrage stellt sich gar nicht mehr und die Wiederentdeckung des Sozialen als Widerstandsfeld äußert sich in nationalen und eurozentristischen Orientierungen.
- Die Ideologie der Ideologielosigkeit vom „Wir sitzen alle im selben Boot“ führte zur Durchsetzung einer Realpolitik im Menschheitsinteresse, die kaum angreifbar scheint und die in diesem Sinne zu einer Entpolitisierung vieler Themenfelder geführt hat. „Die werden es schon machen, für mich ist das alles so kompliziert!“
- Der Politikbegriff ist dadurch stark auf den Staat und suprastaatliche Institutionen sowie Groß-NGO's und Unternehmen eingegrenzt worden. Dies führt dazu, dass 2 Milliarden Menschen in diesem Politikbegriff nicht mehr erfasst sind, weil staatliches Handeln ihre Existenz nicht berührt, da sie am Geldkreislauf gar nicht teilnehmen (können). Das heißt nicht, dass die Tobin-Tax als *ein* Mittel nicht eine progressive Forderung wäre, aber es muss darüber hinaus auch an der Frage gearbeitet werden, was für 2 Milliarden Menschen in Schwarzafrika, die indigene Bevölkerung Lateinamerikas oder Asiens eine progressive Forderung ist, die nämlich selbst bei erfolgreicher finanzieller Umverteilung von Nord nach Süd am Geldkreislauf nicht teilnehmen werden.

Fazit

Die Aufgabe für die Weltgemeinschaft ist immer noch die gleiche wie vor 10 Jahren, nur dass die Dramatik zugenommen hat. Neben den ökologischen Problemen und sich weiter verschärfenden Entwicklungsunterschieden und fortschreitender Einkommenspolarisierung sieht die Welt sich inzwischen mit einer erheblichen und permanenten Kriegsgefahr konfrontiert, und es wächst die Zahl derer unaufhörlich, die auf diesem Planeten in unseren Köpfen immer weniger präsent sind. Es geht also um nicht weniger, als die Durchsetzung des Rechtes auf würdiges Leben für bald 7, 8 oder 9 Milliarden Menschen ohne dabei den Planeten ökologisch überzustrapazieren. Damit dies gelingen kann, müssen wir uns der Augenbinde (Andrés Barreda) bewusst werden und realisieren, dass unser, wenn auch wohlüberlegter und kritischer, Nordblick nur einen Bruchteil der Menschheit repräsentiert, dass wir selbst zu den Reichsten 10% gehören, mit Zugang zum Internet, des Lesens und Schreibens mächtig und mit einer gewissen Sicherheit über den morgigen Tag. Die Bedeutsamkeit und das Gewicht unserer globalen Überlegungen ist also nicht demokratisch legitimiert, sondern ebenfalls ökonomisch. Indem wir diese „zusätzliche“ Sichtweise, neben denen aus Frauen-, Umwelt- oder MigrantInnenperspektive bewusst entwickeln, haben wir eine Chance zu neuartigen, widerspruchsfreieren und damit möglicherweise für unterschiedliche Spektren mehr verbindenden Lösungen zu kommen.

Das Verhältnis von lokalem und globalen Kampf muss neu definiert werden. Es darf dabei aber nicht darum gehen, die lokalen Kämpfe gegen globale aufzuwiegen, den Kampf für Existenzgeld wichtiger oder unwichtiger gegenüber dem Kampf für die Umverteilung von Nord nach Süd zu nehmen. Es geht darum, die fehlende Verbindung zwischen beidem produktiv zu erstreiten, die im Spannungsfeld zwischen der Selbsteingliederung in ein Heer der Unterdrückten sowie der faktischen Akzeptanz des Nebeneinanders beider Wirkungsebenen zu suchen ist.

Vielleicht ist diese Aufgabe, nämlich die Verknüpfung zwischen Akteuren und Handlungsebenen in Theorie und Praxis die große Herausforderung und Aufgabe für eine traditionelle theorieorientierte Linke am Beginn des neuen Jahrtausends. Ich sehe jedenfalls keine Akteure sonst, die das leisten können.